

Forderung der Opposition wurde umgesetzt

Wolfgang Sehart, Fraktionsvorsitzender der CDU-Ratsfraktion:

„Das Projekt Forschungsflughafen ist ein ganz zentrales Projekt für die Sicherung und Ausbau von besonders qualifizierten und krisensicheren Arbeitsplätzen in Braunschweig und der Region. Die CDU-Ratsfraktion unterstützt deshalb alle Maßnahmen zur Fortentwicklung dieses Forschungsclusters. Und

CDU

wenn das Bundeswirtschaftsministerium nun überraschend hinsichtlich der Förderung des Ausbaus eine andere Rechtsauffassung vertritt, muss das natürlich berücksichtigt werden. Deswegen hat die Ver-

waltung auch klug gehandelt.

Schon in der Vergangenheit hat sich VW um den Ausbau besonders verdient gemacht, und das auch, als das Unternehmen noch kein Gesellschafter des Flughafens war. Deswegen ist die Aussage der Verwaltung gut nachzuvollziehen, dass sich VW auch zukünftig nennenswert finanziell für den Forschungsflughafen engagieren wird. Was die Informationspolitik der Verwaltung betrifft, muss ich sagen, dass doch nur die immerwährende Forderung der Opposition umgesetzt wurde. Die Opposition will die Informationen nicht immer zuerst in der Zeitung lesen. Deswegen wurde die Erklärung des Ersten Stadtrats diesmal vor dem Finanzausschuss verlesen. Damit wurde der Forderung der Opposition Genüge getan.“

Keinen Raum für immer neue Spekulationen bieten

Juliane Lehmann, finanzpolitische Sprecherin der FDP-Fraktion:

„Für uns hat höchste Priorität, dass der für Braunschweig im Hinblick auf die Wirtschaft und die Schaffung von Arbeitsplätzen so wichtige Forschungsflughafen zügig ausgebaut wird. Sicherlich kann man sich fragen, ob eine Information durch die Verwaltung über die Umstände und Beweggründe auch schon vorher hätte erfolgen können.

FDP

Sicher ist aber auch, dass sich dadurch am Ergebnis nichts geändert hätte. Seit dem 12. August war bekannt, dass VW sich als Gesellschafter zurückziehen würde.

Die Förderung war zu keinem Zeitpunkt gefährdet, und es stand fest, dass es keine zusätzlichen finanziellen Belastungen für die Stadt geben würde. Da das Thema Flughafenerweiterung sehr kontrovers diskutiert wird, habe ich Verständnis dafür, dass nicht immer wieder Details eines laufenden Verfahrens genannt werden, die nur wieder zu neuen Spekulationen aber zu keinem anderen Ergebnis führen würden.

Dass sich die Stadt nicht einfach der Rechtsauffassung des Bundeswirtschaftsministeriums angeschlossen hat, sondern in Gesprächen versucht hat, eine Förderung mit VW als Gesellschafter zu erreichen, kann man der Verwaltung wohl kaum zum Vorwurf machen.“

32 26.08.10

Glaubwürdigkeit der Verwaltung beschädigt

Manfred Pesditschek, Fraktionsvorsitzender der SPD:

„Mit einer Erklärung im Finanz- und Personalausschuss räumt die Verwaltung ein, was sie vorher bestritten hatte: VW kündigt seine Anteile an der Flughafengesellschaft, weil sonst die Zuschüsse zum Flughafenbau gefährdet wären. Peinlich für die Stadtverwaltung, peinlich aber auch für die Landesregierung.

The logo of the SPD (Social Democratic Party of Germany) is displayed in a black rectangular box. The letters 'SPD' are written in a bold, white, sans-serif font.

Die Anteile des Landes sind zu einem Zeitpunkt an VW übertragen worden, als die Förderanträge längst gestellt waren. Dass die Brisanz dieser Übertragung nicht erkannt

wurde, wirft ein bezeichnendes Licht auf die Qualität der Arbeit des Wirtschaftsministeriums.

Vor allem aber beschädigen diese Vorgänge die Glaubwürdigkeit des Verwaltungshandelns im Zusammenhang mit dem Flughafenbau – und das ganz ohne Not. Schließlich ändert sich an den Argumenten zur Landebahnverlängerung durch die Veränderung der Gesellschafteranteile gar nichts – weder dafür noch dagegen.

Daher hält die SPD-Ratsfraktion an ihrer Zustimmung fest. Sie fordert aber von der Stadtverwaltung und Oberbürgermeister Dr. Hoffmann künftig einen offenen und ehrlichen Umgang mit Fakten und Sachlage.“

Erklärungen der Verwaltung wenig überzeugend

Udo Sommerfeld, Fraktionsvorsitzender der Linken:

„Zum Beschluss über das Ausscheiden von VW aus der Flughafen-Gesellschaft erklärt der Fraktionsvorsitzende der Linkenfraktion im Rat der Stadt Braunschweig, Udo Sommerfeld: Die Linke lehnt bekanntermaßen den Ausbau der Landebahn aufgrund der damit einher gehenden Zerstörung des Querumer

The logo for 'DIE LINKE' is shown in a bold, black, sans-serif font. The word 'DIE' is smaller and positioned above 'LINKE'.

Forstes und der ungelösten Verkehrsprobleme, ab. Da ist es nur logisch, dass wir auch den Ausstieg von VW aus der Flughafengesellschaft abgelehnt haben, da eine Förde-

derung dieser unsinnigen Maßnahme nur stattfinden kann, wenn der Hauptnutzer des Flughafens nicht gleichzeitig auch Empfänger der Förderung ist. Hinzu kommt, dass der Ausstieg von VW reine Trickserei ist, an der sich die Linke nicht beteiligen will.

Außerdem entstehen bedingt durch die neue Gesellschaftsstruktur erhebliche finanzielle Risiken für die Stadt Braunschweig, da es keinerlei Verträge mit VW über die zukünftige Beteiligung am Verlustausgleich des Flughafens gibt. Auch die Erklärungen der Verwaltung hierzu sind wenig überzeugend.“

BZ 26.08.10

Haarsträubende Desinformationspolitik

Elke Flake, stellvertretende Fraktionsvorsitzende der Grünen:

„Wir finden es mehr als empörend, dass die Verwaltung uns und damit die gewählten Ratsmitglieder bezüglich des VW-Ausstiegs angelogen hat. Nachdem Oberbürgermeister und Erster Stadtrat unsere Absicht, Licht ins Dunkel zu bringen, zunächst unverfroren abgeblockt haben, müssen sie nun eingestehen, dass wir voll ins Schwarze getroffen haben: Es gibt einen Zusammenhang zwischen der Förderfähigkeit des Flughafenausbaus und dem Ausstieg von VW aus der Flughafen-GmbH!



Statt darüber zu informieren, hat die Stadtspitze in dieser Frage eine haarsträubende Desinformationspolitik betrieben. Bereits im Mai 2010 hat das Land in seinem Förderbescheid verfügt, dass der VW-Rückzug von existentieller Bedeutung für die Gewährung öffentlicher Zuschüsse in Millionenhöhe (es geht bekanntlich um über 10 Millionen Euro) ist. Doch erst jetzt – drei Monate später – werden die Ratsgremien über diesen wichtigen Tatbestand informiert, und das auch nur, weil unsere Fraktion politisch Druck gemacht hat.

Unser Misstrauen wird dadurch erst recht geschürt. Wir bestehen daher darauf, Akteneinsicht in alle Unterlagen der Stadtverwaltung zur Finanzierung des Flughafenausbaus zu nehmen.“

Intransparentes Gemurkse von Beginn an

Heiderose Wanzelius, Fraktionsvorsitzende der Bibs:

„Im Sommer 2009 hatte Oberbürgermeister Hoffmann darauf hingewiesen, dass der Ausbau ohne EU-Mittel gar nicht möglich wäre, im Herbst 2009 hatte der Erste Stadtrat Lehmann noch im Rat mitgeteilt, man erwarte 11,5 Millionen Euro an Fördermitteln von der EU, im April dieses Jahres hatte derselbe Lehmann dann über die BZ verlauten lassen, mit den EU-Mitteln werde es wohl nichts, man erwarte das Geld nunmehr aus dem Topf der (ausschließlich nationalen) sogenannten „GA-Mittel“.

Und: Am 12. August erklärt jetzt der Oberbürgermeister, VW ziehe sich aus der Flughafengesellschaft zurück, weil sie mit dem Ausbau ihr eigentliches Ziel erreicht habe, bevor dann am 24. August der Erste Stadtrat mit der Mitteilung um die Ecke kommt, dass VW einfach aus dem Grunde aussteigen musste, weil es sonst definitiv keine Fördermittel gegeben hätte.

Bei all diesen putzigen, widersprüchlichen Verlautbarungen und dem ganzen intransparenten Gemurkse von Beginn an, fragt man sich: Waren die Herren die ganze Zeit über tatsächlich einfach nur dumm? Oder doch einfach nur dreist?

So oder so, für die Zukunft fordert die BIBS: Die Vernichtung und Schädigung von Wald und Tieren für den Flughafenausbau muss endgültig beendet werden.“

BZ 26.08.10